

MEDIENKONFERENZ

Unterzeichnung der ersten CO₂-Zielvereinbarung der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)

Freitag, 23. April 2004, 13:25 – 14:25
Hotel Schweizerhof, Saal Empire

Programm

- 13:25 Empfang der Medienvertreter, Abgabe Pressemappe
- 13:30 Begrüssung, Vorstellen der Redner und des Programms
Marianne Zünd, Leiterin Kommunikation BFE
- 13:35 Kurzreferat Dr. Rudolf Ramsauer, Präsident EnAW
- 13:45 Kurze Stellungnahmen bereits auditiertes Unternehmen (je 5 Minuten):
Novartis Schweiz, Heinz Boller, Leiter Novartis Schweiz
sia Abrasives Holding AG, Peter A. Schifferle, CEO und Delegierter des VR
ABB Schweiz AG, Konrad Wirthensohn, Mitglied der erw. Geschäftsleitung
- 14:00 Kurzreferat Bundesrat Moritz Leuenberger
- 14:15 Unterzeichnung der Zielvereinbarung
Bundesrat Moritz Leuenberger und Dr. Rudolf Ramsauer
- 14:15 Fragen der Medien
Bundesrat Moritz Leuenberger
Dr. Rudolf Ramsauer
Dr. Hans-Luzius Schmid, stv. Direktor Bundesamt für Energie BFE
Dr. Philippe Roch, Direktor Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
Novartis Schweiz
sia Abrasives Holding AG
ABB Schweiz AG
- 14:25 Ende

Bundesamt für Energie BFE

Worbentalstrasse 32, CH-3063 Ittigen • Postadresse: CH-3003 Bern
Tel. 031 322 56 11, Fax 031 323 25 00 • Medien/Dokumentation: Tel. 031 323 22 44, Fax 031 323 25 10
office@bfe.admin.ch • www.admin.ch/bfe

Bern, 21. April 2004

Medienmitteilung

Energie-Agentur der Wirtschaft unterzeichnet erste Zielvereinbarung mit dem Bund

pd. Heute konnte die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) die erste Tranche der CO₂-Zielvereinbarungen mit dem Bund unterzeichnen. Rund 600 Betriebe mit einem totalen Emissionsvolumen von 2,4 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen sind darin erfasst. Die Wirtschaft befindet sich also weiterhin auf Zielkurs, was die in der Klimapolitik angestrebte Nutzung der Reduktions- und Effizienzpotentiale betrifft.

Die von der EnAW erarbeitete Zielvereinbarung umfasst einen Verbund von 45 Unternehmensgruppen mit über 600 Betrieben, die unter anderem aus der Chemie-, Papier-, Stahl- und Aluminiumindustrie stammen. Diese sind für rund 2,4 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen verantwortlich. Zusammen mit den sich noch in Ausarbeitung befindlichen Zielvereinbarungen deckt die EnAW derzeit 3,3 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen ab. Unter Einrechnung der Zementindustrie sind somit gegen 4 Millionen Tonnen unter Vertrag. Das sind 40% der CO₂-Emissionen, die der Wirtschaft zugerechnet werden. Aufgrund der heutigen Datenlage kann festgestellt werden, dass diese Unternehmen das Ziel gemäss CO₂-Gesetz erreichen werden. Die Wirtschaft befindet sich somit für ihren Anteil an den Gesamtemissionen auf Zielkurs.

Gesamthaft steht die Wirtschaft für einen Viertel aller CO₂-Emissionen in der Schweiz. Für die anderen Emissionen zeichnen der Verkehrssektor, die öffentliche Hand und der Immobiliensektor verantwortlich.

Bekenntnis zu den energie- und klimapolitischen Zielen

Bereits im Jahr 2000 bekannte sich die Wirtschaft klar zum CO₂-Gesetz und nahm zielgerichtet ihre klimapolitischen Hausaufgaben an die Hand. «Mit dem heutigen Tag machen wir einen ersten Schritt, dieses Commitment einzulösen», so Rudolf Ramsauer, Präsident der EnAW an der Medienorientierung in Bern. Natürlich war der Weg steinig als erwartet: unzählige Detailprobleme mussten mit den Partnern BfE und Buwal gelöst werden. Die EnAW hat entsprechend nicht nur Neuland beschritten, sondern auch Pionierarbeit geleistet, die nun erfolgreich weitergeführt werden soll. Das Konzept der Freiwilligkeit hat sich als richtig erwiesen. Hierauf soll auch weiterhin gebaut werden.

Klimarappen als mögliche Lösung für den Verkehrsbereich

Der jüngst in die Diskussion gebrachte *Klimarappen*, mit dessen Ertrag CO₂-Reduktionsmassnahmen im In- und Ausland generiert werden können, ist für die EnAW ein Erfolg versprechendes Instrument in der Phase der freiwilligen Umsetzung des CO₂-Gesetzes. Für die EnAW macht es Sinn, diesem Instrument eine Chance zu geben, auch im Verkehrsbereich den notwendigen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Ziele zu leisten.

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) in Kürze

Die tragenden Verbände der Schweizer Wirtschaft gründeten 1999 die EnAW. Als Dienstleistungsplattform für Unternehmen steht sie für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele. Mit Hilfe von rund 60 beauftragten Spezialisten koordiniert die EnAW die freiwilligen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Die EnAW hat zur Umsetzung ihrer Ziele einen Leistungsauftrag des Bundes. Der Hauptfokus ihrer Tätigkeit gilt dem Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungssektor. Die EnAW zählt derzeit rund 1000 Betriebe, wovon heute 600 eine durch den Bund auditierte Zielvereinbarung aufweisen.

Die Ziele der EnAW basieren auf dem Energie- und dem CO₂-Gesetz. Letzteres sieht vor, die CO₂-Emissionen in der Schweiz bis 2010 um 10% gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Reduktion soll mit durchschnittlich 15% bei den Brennstoffen und 8% bei den Treibstoffen erreicht werden. Werden diese Ziele mit freiwilligen Massnahmen nicht erreicht, kann der Bund eine CO₂-Lenkungsabgabe einführen. Davon können sich Unternehmen befreien lassen, welche sich im Rahmen einer EnAW-Zielvereinbarung zur Reduktion der CO₂-Emissionen verpflichten. Die EnAW begleitet die konkreten Massnahmen in der Wirtschaft. Bis Ende 2004 sollen gegen 40% der CO₂-Emissionen in den Bereichen Industrie und Dienstleistung in Zielvereinbarungen eingebunden sein.

Kontaktadresse für Rückfragen und Vermittlung von Interviews:

Energie-Agentur der Wirtschaft

Dr. Max Zürcher, Geschäftsführer

Haus der Wirtschaft, Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich

Telefon: 01 421 34 45, E-Mail: max.zuercher@energie-agentur.ch

EnAW-Gruppenliste der auditierten Unternehmen
Stand April 2004

Anzahl	Gruppe	Modell*	Beschreibung / Erklärung
1	Aargau	EM	<i>gemischte Industriegruppe</i>
2	Banken	EM	<i>Kantonal- und Regionalbanken</i>
3	Chemie 1	EM	<i>Chemiebetriebe</i>
4	Chemie 2	EM	<i>Chemiebetriebe</i>
5	COOP 1 VZ D-CH	EM	<i>Verteilzentrum Deutschschweiz</i>
6	COOP 2 VZ R-T	EM	<i>Verteilzentrum Romandie & Tessin</i>
7	COOP 3 Produktion	EM	<i>Produktionsbetriebe</i>
8	COOP 4 Bell	EM	<i>Bell</i>
9	COOP 5 Läden	BM	<i>Läden</i>
10	Einkaufszentren	EM	<i>Diverse Einkaufs- und Freizeitzentren</i>
11	Exoten	EM	<i>wärmeintensive Grossbetriebe</i>
12	Fromarte 1	BM	<i>Div. Käseereien</i>
13	FSK AG-SO	EM	<i>Transportunternehmen (Sand und Kies)</i>
14	FSK Bern	EM	<i>Transportunternehmen (Sand und Kies)</i>
15	FSK Ostschweiz	EM	<i>Transportunternehmen (Sand und Kies)</i>
16	Galliker	EM	<i>Transportunternehmen (Logistik)</i>
17	Gerätehersteller AEA	EM	<i>Hersteller Haushaltapparate</i>
18	Getränke	EM	<i>Bierbrauer, grosse Süssgetränkeproduzenten</i>
19	Giessereien	EM	<i>Eisen-, Stahl- und Leichtmetallgiessereien</i>
20	GISET	EM	<i>Regionalgruppe Tessin</i>
21	Grafische Industrie	EM	<i>Grossdruckereien</i>
22	Hotel Zürich II	BM	<i>4*- und 5*-Hotels Stadt Zürich</i>
23	Hotels Berner Oberland	BM	<i>Regionalgruppe Hotels</i>
24	Jugendherbergen	BM	<i>Div. Jugendherbergen</i>
25	Keramik	EM	<i>Ziegleien und Keramikwerke</i>
26	Kongresshotels Zürich	EM	<i>5*-Hotels Stadt Zürich</i>
27	McDonald's	BM	<i>87 McDonald's Restaurants</i>
28	Migros Genossenschaften	EM	<i>alle 10 Migros Genossenschaften</i>
29	Migros Industrie	EM	<i>Lebensmittelproduzenten des MGB</i>
30	Nordwestschweiz	EM	<i>gemischte Industriegruppe Raum Basel</i>
31	Papier I	EM	<i>Papierfabriken</i>
32	Papier II	EM	<i>Papierfabriken</i>
33	Solothurn	EM	<i>gemischte Industriegruppe</i>
34	Stahl/Alu	EM	<i>SwissSteel und Alcan Wallis</i>
35	St.Gallen-Appenzell	EM	<i>gemischte Industriegruppe</i>
36	Swissmem D1	EM	<i>gemischte Industriegruppe Metall- und Maschinenbranche</i>
37	Textil Ost	EM	<i>Textilveredler</i>
38	Textil West	EM	<i>Textilveredler</i>
39	Thurgau	EM	<i>Industriebetriebe Region Thurgau</i>
40	VKB Aargau	EM	<i>Transportunternehmen</i>
41	VSTB	BM	<i>Trocknungsbetriebe</i>
42	VZK-Spitäler	EM	<i>Kreis- und Regionalspitäler</i>
43	Winterthur-Schaffhausen	EM	<i>gemischte Industriegruppe</i>
44	Zürich	EM	<i>gemischte Industrie- und Dienstleistungsgruppe</i>
45	Zürichsee	EM	<i>Industriebetriebe Region Zürichsee</i>

* EM = Energie-Modell-Gruppe

* BM = Benchmark-Modell-Gruppe

ANHANG

Eckdaten Zielvereinbarung EnAW vom 23. April 2004 (Brennstoffe)

Zielvereinbarung EnAW (alle Unternehmen)

	1990 Basisjahr	2000 / 2001 Ausgangsjahr	2010 Zieljahr	Verbesserung 2010 zu 1990 in %	Verbesserung 2010 zu 2000 in %
CO ₂ -Emissionen [t CO ₂] effektiv	2'574'000	2'400'000	2'236'000	13.1	6.8
CO ₂ -Emissionen [t CO ₂] nach Korrektur WKK *	2'464'000	2'168'000	2'002'000	18.7	7.7
CO ₂ -Intensität: Wirkung der Massnahmen	-	-	-	nicht definiert	18.3
Energie-Effizienz: Wir- kung der Massnahmen	-	-	-	nicht definiert	8.8

Nur Unternehmen mit Verpflichtungsabsicht

	1990 Basisjahr	2000 / 2001 Ausgangsjahr	2010 Zieljahr	Verbesserung 2010 zu 1990 in %	Verbesserung 2010 zu 2000 in %
CO ₂ -Emissionen [t CO ₂] effektiv	2'326'000	2'197'000	2'059'000	11.5	6.3
CO ₂ -Emissionen [t CO ₂] nach Korrektur WKK *	2'216'000	1'965'000	1'825'000	17.6	7.1
CO ₂ -Intensität: Wirkung der Massnahmen	-	-	-	nicht definiert	18.1
Energie-Effizienz: Wir- kung der Massnahmen	-	-	-	nicht definiert	8.2

* WKK (Wärmeerkraftkopplung): Mit WKK werden fossile Energien effizient in Strom und Wärme umgewandelt, weshalb in den neunziger Jahren der Einsatz von WKK gefördert wurde. Darum erhalten WKK, die bis Mitte 2001 gebaut oder bewilligt wurden, eine rechnerische Kompensation, wie wenn die gleiche Strommenge aus dem europäischen Ausland bezogen worden wäre (sog. UCTE-Mix)

Kurzreferat von Dr. Rudolf Ramsauer, Präsident der EnAW

Anlässlich der Medienkonferenz zur Unterzeichnung der ersten
CO₂-Zielvereinbarung der EnAW durch Bundesrat M. Leuenberger am 23.4.2004

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren

Wir können heute eine erste Tranche von Zielvereinbarungen unterzeichnen. Die Energie-Agentur der Wirtschaft hat diese zusammen mit ihren Unternehmen entwickelt. Sie erinnern sich, die Wirtschaft hat sich im Jahre 2000 klar zum CO₂-Gesetz bekannt und im Vorfeld der damaligen Energieabstimmungen gesagt, dass sie ihre energie- und klimapolitischen Hausaufgaben selber an die Hand nehmen will. Beim Start des Rahmenprogramms Energie-Schweiz haben wir uns Ende Januar 2001 auch klar zu dessen Zielen bekannt. Mit dem heutigen Tag machen wir einen ersten Schritt, dieses Commitment einzulösen.

Das Energiegesetz und das CO₂-Gesetz bauen auf Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat. Gemeinsam werden Ziele festgelegt entsprechend den Möglichkeiten, die sich für die einzelnen Akteure aus der Sache ergeben. So werden im kritischen Dialog Ziele in Zielvereinbarungen gesetzt, an denen man sich dann messen lassen will.

Subsidiarität ist ein weiterer Grundsatz: die Umsetzung soll dort geschehen, wo Kompetenz und die Handlungsmöglichkeiten angesiedelt sind – in den Unternehmungen also im Rahmen des operativen Wirtschaftens. Private Public Partnership heisst das auf neudeutsch. Es ist das zweifellos – und wie der heutige Anlass zeigt – ein zukunftssträchtiges Konzept in einem Umfeld, das

durch tausend Details und komplexe Zusammenhänge geprägt ist. In einem Umfeld also, wo Flexibilität und Pragmatismus gefragt sind und wo starre Vorschriften wenig Chancen haben, zum Ziel zu führen.

Als vor knapp drei Jahren an dieser Stelle die CO₂-Richtlinie festgelegt und besiegelt wurde, war noch unklar, welcher Erfolg dem Weg über freiwillige Massnahmen beschieden sein würde. Wie fast immer – wenn man zur konkreten Umsetzung schreitet – zeigte sich der Weg steiniger als erwartet. Im Lauf dieser Zeit mussten zusammen mit dem BFE und dem BUWAL unzählige Detailprobleme geklärt werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, Fragen über Fragen, und alle mussten einer Lösung zugeführt werden. Die Energie-Agentur der Wirtschaft hat hier nicht nur Neuland beschritten, sondern auch Pionierarbeit geleistet. Somit wird verständlich, dass die Erarbeitung von Zielvereinbarungen mehr Zeit als das ursprünglich erwartete eine Jahr beansprucht hat. Deutlich wird aber auch, dass es eine grosse Leistung ist, dass wir heute für 45 Unternehmensgruppen solche Zielvereinbarungen mit dem UVEK unterzeichnen können. Fast noch einmal so viele befinden sich in der Pipeline und werden in einem zweiten Schritt – voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres zur Unterzeichnung gebracht.

Im heute zu unterzeichnenden Zielvereinbarungsvertrag sind rund 600 Betriebe mit einem totalen Emissionsvolumen von rund 2,4 Mio. to CO₂-Emissionen erfasst. Zusammen mit den sich noch in Ausarbeitung befindlichen Zielvereinbarungen deckt die Energie-Agentur der Wirtschaft derzeit rund 3,3 Mio. to CO₂-Emissionen ab. Unter Einrechnung der CO₂-Emissionen aus der Zementindustrie – die entsprechende Zielvereinbarung wurde knapp vor Jahresfrist vorweg unterzeichnet – sind somit gegen 4 Mio. to CO₂ unter Vertrag. Das sind ca. 40% jener CO₂-Emissionen, die der Wirtschaft zugerechnet werden.

Aufgrund der heutigen Datenlage können wir sagen, dass dieser Teil der Emittenten das Ziel gemäss CO₂-Gesetz, d.h. eine Reduktion des CO₂ aus Brennstoffen um 15%, erreichen wird. Wir befinden uns also auf Zielkurs.

In anderen Bereichen, wie dem Verkehr, ist man heute noch nicht auf Zielkurs. Die Vielzahl der Emittenten und andere Gegebenheiten ermöglichen hier dem Instrument Zielvereinbarungen noch keine grosse Wirkung. Da ist der jüngst in die Diskussion gebrachte Vorschlag eines Klimarappens, mit dessen Ertrag CO₂-Reduktionsmassnahmen im In- und Ausland generiert werden können, ein Erfolg versprechendes Instrument in der Phase der freiwilligen Umsetzung des CO₂-Gesetzes. Diese Phase ist noch keineswegs zu Ende. So macht es heute Sinn, diesem Instrument die Chance zu geben, im Verkehrsbereich den notwendigen Beitrag zur Erreichung der schweizerischen CO₂-Ziele zu leisten.

Auch wenn man den Blick weiter fasst – und in einem Land, da jeder zweite Franken im Ausland verdient wird, ist das aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit ein absolutes Muss – kommt man zum Schluss, dass der Freiwilligkeit im Umweltschutz ein möglichst weiter Aktionsradius einzuräumen ist. Die Potentiale zur Reduktion der CO₂-Emissionen lassen sich so – wie im CO₂-Gesetz vorgesehen – im Gleichschritt mit der internationalen Entwicklung im Klimaschutz ausschöpfen. Und diesen internationalen Vergleich brauchen wir nicht zu scheuen. Wir stehen dank der Anstrengungen der Wirtschaft sehr gut da!